

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Rudolph Borchmann  
Hauptredakteur: Hermann Borchmann  
Nr. 13, Neugasse: 20 011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

Verständlich in Dresden und Borsdorf bei besonderer Zustellung durch die Post (siehe Besondere) 4,00 M., monatlich 1,25 M.  
Die einseitige 27 am besten 30 M. Bei Anzeigen unter Gleiten- und Werbungszeiten einseitig bis zum Bestehen 15 M., Übergangszeit 12 M.,  
sonstige Leistungen gegen Vorauszahlung. Eintragnummern 15 M., Sonntag 20 M.

Verantwortlich und Hauptgeschäftsführer:  
Marie Luise Borchmann  
Druck u. Verlag von Borchmann & Borchmann in Dresden.  
Postfach-Nummer 19 305 Leipzig.

Redaktion nur mit beschrifteter Zustellung (Dresdner Post) möglich. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Rönisch-Flügel**  
Höchster Klangadel  
Ein Segen für die klavierspielende

**Rönisch-Pianos**  
Edelste  
Tonfülle  
24 Waisenhausstraße 24

**Rönisch-Phonola-Instrumente:**  
Menschheit :: EDVARD GRIEG.

**Lederwaren · Reise-Artikel** **Adolf Näter** Großes Lederwaren-Spezialgeschäft  
Gebräuch- und Luxus-Lederwaren. **26 Prager Straße 26.**  
Versand nach auswärts.

## Französisches Ultimatum an Deutschland?

### Sich will „zur Tat schreiten“.

Paris, 5. Dez. Im „Echo de Paris“ schreibt Vertinae: Clemenceau und Hoch haben in der gestrigen gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates dargelegt, daß die unerwartete Reise der von Berlin entsandten Bevollmächtigten, sowie die Kontroversen, denen sich der Feind seit Beinahe einem Monat hingebt (!), keinen Zweifel über die Notwendigkeit bestehen lassen, zur Tat zu schreiten. Einzig ein Ultimatum kann aus der Verlegenheit helfen. Hoch hat gestern morgen dargelegt, daß zur Sicherung der Durchführung des Ultimatum von der nötigen militärischen Vorbereitung nicht abgesehen werden könne, und gesagt, daß er in der Lage sei, die im Monat Juni aufgestellten Pläne, durch welche die Delegierten des Deutschen Reiches sich gezwungen sahen, nach Versailles zu kommen, durchzuführen. (W. T. B.)

### Eine letzte Aufforderung.

Paris, 5. Dez. (Havas.) Der „Matin“ sagt, daß eine letzte Aufforderung an Deutschland zur Unterzeichnung des Protokolls ohne Zweifel heute redigiert werden wird. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Teilnahme Hochs an der gestrigen Konferenz der fünf Chiefs der Delegationen der Großmächte keinen Zweifel darüber lasse, daß die Frage einer militärischen Aktion aufgeworfen wurde für den Fall, daß Deutschland den geringsten Widerstand entgegenbringe. (W. T. B.)

### Die neuen deutsch-französischen Unterhändler.

Berlin, 5. Dez. In parlamentarischen Kreisen ging heute das Gerücht, daß der Minister des Auswärtigen Müller zurücktreten sei. Wie im Auswärtigen Amt versichert wird, ist dieses Gerücht unbegründet. Wahrscheinlich würden die neuen deutsch-französischen Unterhändler sich sehr bald nach Paris begeben, und die inzwischen von Herrn v. Versner allein geführten Verhandlungen würden dann fortgesetzt werden. Man erwartet eine Mitteilung darüber, wann diese Delegation, die diesmal nicht nur aus Kreisen des Auswärtigen Amtes und der Vertretung diplomaten gewählt werden dürfte, in Paris einreisen soll.

### Deutscher Antrag auf Revision des Friedens?

Berlin, 5. Dez. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Depesche aus Zürich, wonach die „Danziger Zig.“ bekräftigt, daß die deutsche Regierung offizielle Schritte unternommen habe, um zu einer Revision des Friedensvertrages zu gelangen. Der Reichsminister des Auswärtigen habe ein Memorandum vorbereitet, in dem die deutsch-polnische Grenze berichtigt, die Distanz Deutschlands um 60 Kilometer nach Osten gerückt und der Vorschlag gemacht werde, daß die Freistadt Danzig mit Deutschland benachbart werde. Ebenso sei ein rein deutsches Statut für Danzig ausgearbeitet worden. Die zu diesen Notizen veröffentlichten Kommentare ließen die Festsetzungen der Friedenskonferenz vollkommen außer acht und seien in einer Sprache gehalten, daß General Dupont die Annahme und weitere Übermittlung nach Paris verweigert habe. (W. T. B.)

Hierzu ist zu bemerken, daß sich die deutsche Regierung sowohl an die polnische, sowie auch an die anderen Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte mit dem Antrage gewandt hat, daß der Grenzkommission Vollmacht gegeben werde, sichständig auf Grund der Verhandlungen Grenzberichtigungen aus ethnographischen und wirtschaftlichen Rücksichten sowohl im Interesse Polens, wie auch im Interesse Deutschlands vorzunehmen. Alle übrigen Bestimmungen des „Echo de Paris“ betreffend Danzig, die Verchiebung der Grenze Deutschlands um 60 Kilometer nach Osten, den Inhalt und die Sprache der angeführten Kommentare sind vollständig aus der Luft gegriffen.

### Weitere Freigabe deutscher Schiffe.

Berlin, 5. Dez. Auch die in den dänischen Hoheitsgewässern aus Anlaß der Ostseeperle festgehaltenen deutschen Segler sind nunmehr freigegeben worden. (W. T. B.)

### Ein englisch-französisches Defensivbündnis?

Osaka, 5. Dez. Aus Tokio wird berichtet: Es schweben Verhandlungen zwischen England und Frankreich, die auf Abschluß eines Bündnisses hinführen, in dem England sich verpflichtet, Frankreich im Falle eines Angriffes zu helfen, ohne daß amerikanische Hilfe erst abgewartet wird.

### Verzögerung der amerikanischen Friedensentschließung.

Amsterdam, 5. Dez. Das Pressebureau Radio meldet aus Annapolis: Die republikanischen Mitglieder des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten haben sich damit einverstanden erklärt, daß der Plan, eine gemeinsame Entschließung durchzubringen, in welcher der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, hinausgeschoben wird, bis die Entschließung des Senators Fall, in welcher der Präsident ersucht wird, Garzanza die Anerkennung zu verweigern und alle diplomatischen Beziehungen mit der mexikanischen Regierung abzubrechen, dem Ausschuss überwiesen sein werde.

### Abzug der letzten amerikanischen Truppen aus Frankreich.

Koblenz, 5. Dez. „The American News“ berichtet aus Paris: Gestern haben die letzten amerikanischen Regimenter Paris verlassen, womit die militärische Tätigkeit der Amerikaner in Frankreich und außerhalb deren wirkliche Mitwirkung am Weltkriege beendet ist. Die Abfahrt erfolgt von Brüssel innerhalb sieben Tagen. Von da an dient der Hafen von Antwerpen zur Rückförderung. Auch die amerikanische Militärpolizei hat Paris verlassen. Nur General Connors und sein Stab, zusammen 100 Offiziere und 250 Mann, werden bis 31. Dezember in Paris bleiben.

### Freihandel der Vereinigten Staaten?

London, 4. Dez. Die „Daily News“ erörtert in der Beilage des Präsidenten Wilson Angelegenheiten für einen künftigen Freihandel Amerikas. Das Blatt schreibt: Die Verhältnisse der Einfuhr zu beschränken, seien unüberwindlich nichts anderes, als die Verleugung Amerikas, die Verzahlung der Zinsen für seine großen Anleihen an das Ausland in der einzigen Form, in der eine Verzinsung überhaupt erfolgen kann, anzunehmen. Die Folgen einer solchen Politik würden zweifellos für die anderen Länder sehr ernst sein, jedoch auch in Amerika große finanzielle Katastrophen zur Folge haben. (W. T. B.)

### Reorganisation des Versorgungswesens.

Berlin, 5. Dez. Aus Anlaß der Übernahme des bisher militärischen Versorgungs- und Sanitätswesens auf das Reichsarbeitsministerium und dessen Arbeitsvereinbarung mit der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Versicherung in der Kaiser-Wilhelm-Akademie fand ein Festakt statt, an dem u. a. Reichspräsident Ebert, Reichswehrminister Noske und Oberbürgermeister Werneuth teilnahmen. Die Begrüßungsansprache des Reichsarbeitsministers Schlichte schloß mit der Bitte an die Anwesenden, in allen Kreisen das Verständnis für die Bedeutung dieser Fürsorge für das ganze Volk zu wecken.

In längerer Rede gab der Ministerialdirektor Dr. Schwenker vom Reichsarbeitsministerium einen Überblick über die neugeschaffene Organisation. Er stellte u. a. fest, daß rund 2 Millionen Männer gefallen sind. Die Zahl der Hinterbliebenen wird auf 2½ Millionen geschätzt. Die Zahl der mit Rente zur Entlassung kommenden Kriegsbeschädigten wird voraussichtlich gegen 1½ Millionen betragen. Der Gesamtaufwand, der notwendig sein wird, um halbwegs befriedigende Verhältnisse in der Versorgung der Kriegsoberer zu schaffen, wird auf jährlich über 4 Milliarden veranschlagt.

Zum Schluß ergriff Reichspräsident Ebert das Wort und sagte u. a.: Die Fürsorge für die Opfer des Krieges betrachtet die Reichsregierung als ihre vornehmste Pflicht. Trotz der schweren finanziellen Sorgen, der fast erdrückenden Lasten, die uns aufgebürdet sind, darf das Vaterland seine Kämpfer und seine Toten nicht vergessen. Diese Fürsorge ist aber nicht die Aufgabe allein der Reichsregierung. Das ganze soziale Volkswerk ist eine Aufgabe, bei der sich alle Schichten des Volkes ohne Rücksicht auf Parteianbänglichungen und politische Strömungen zusammenschließen sollen, ein Gebiet, wo sich der einmütige Wille des Volkes achten und bewahren kann.

### Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin.

Berlin, 5. Dez. Die preussische Staatsregierung hat durch Beschluß vom heutigen Tage den über Groß-Berlin verhängten Belagerungszustand aufgehoben. (W. T. B.)  
Hoffentlich hat die preussische Regierung diesen Beschluß eines Tages nicht zu bereuen!

### Die Goldgölle.

Berlin, 5. Dez. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, beträgt das Aufgeld bei der Bezahlung der Gölle in Gold vom 7. bis 13. Dezember einschließlich 830 vom Hundert. (W. T. B.)

### Erzbergers Milliarden.

Der frühere Reichsschatzminister Gothein, einer der demokratischen Führer, stellt in der Wiener „N. Fr. Pr.“ folgende Betrachtungen an: „Man hat berechnet, daß jemand, der in seinem Geschäft 10 Millionen investiert hat, nach der Kriegszumachsteuer und dem Reichsnotopfer 4 401 242 Mark verbleiben. Wird dieses Vermögen an einen einzigen Sohn vererbt, so gehen an Nachschuß und Erbschaftsteuer noch weitere 1 478 000 Mark ab, so daß ihm keine drei Millionen mehr bleiben, dabei erfordert der durchbar gefundene Geldwert heute eigentlich mindestens das fünffache Betriebskapital wie vor dem Kriege. Wie soll sich ein Geschäft fortgeführt, wie es weiter entwickelt werden? Wer gibt ihm in Zukunft dafür den benötigten Kredit? Kommt doch noch eine ungeheure Einkommensteuer, eine sehr beträchtliche Kapitalrentensteuer hinzu, die es dem Betriebsinhaber und noch mehr dem Kapitalisten unmöglich machen, neues Kapital zu bilden! Wie aber soll sich die Industrie wieder aufbauen, wie sich fortentwickeln ohne neues Kapital, und steht nicht zu befürchten, daß die jungen, aufstrebenden Intelligenzen das Vaterland, das ihnen keine Ausflüchte, es zu etwas zu bringen, bietet, verlassen, ihre Kräfte in fremden Ländern entkalteten; letzten Endes muß sich ein solch verfehlte Steuerpolitik an den Arbeitern rächen.“ — So sagt also Gothein, ein Mann, der der jetzigen Regierung immerhin nahe steht. Freilich, gerade Gothein ist keine monotonische Bergangenheit zum Vorwurf gemacht worden. Es wäre immerhin möglich, daß er, so richtig seine Ausführungen tatkraftig sind, so sehr seine Beweiskraft jedem Unvoreingenommenen einleuchten muß, gerade festhalt in den Augen des rein sozialistisch denkenden Erzberger nicht als vollwertiger Zeuge gälte. Wie steht es aber dann mit dem sozialistischen preussischen Minister des Innern Wolfgang Heine, der, trotz aller nachträglichen Nachsichtungsversuche, in Dessen doch tatsächlich gefügt hat, Steuern, wie sie Erzberger zu erheben gedenke, könne man ein, vielleicht auch zwei Jahre bestimmen, dann aber habe es ein Ende? Was sagt das Reichsfinanzministerium ferner zu den Ausführungen des Direktors Manschewitz von der Deutschen Bank im „Bankarchiv“? Dort wird beispielsweise das Reichsnotopfer als der „unglücklichste Gedanke“ bezeichnet, den je ein Finanzminister gehabt habe. „Schwindel und Schiebung, Spiel und Gaukelei“ seien die Folge. Das Publikum verkaufe die besten münzbefreiernden Werte zu jedem Preise, um die dagegen erlösten Reichsbanknoten zu verdecken und dem Steuerangriff zu entziehen. So erklärt sich zum Teil auch der ungeheure Notenumlauf von vierzig Milliarden, der unsere Valuta entwertet.

Zahllose Zeugnisse stehen sich gegen den Wahnsinn der Erzbergerischen Steuerpläne noch anzuführen, denn im Grunde hat sie niemand für gut. Am Reichsrat haben die Vertreter der Einzelstaaten lebhaftes Bedenken geäußert und sie nur in der Hoffnung auf die Nationalversammlung zurückgestellt. Wir wollen aber nicht auf die Worte der Reichstagsmänner und objektiv prüfen, was an dem Erzbergerischen Programm auszufallen ist, wie schwer die Bedenken wiegen, die dagegen geltend gemacht werden können, welche andere Wege möglicherweise hätten einschlagen werden können. 26 Milliarden neue Steuern sind aufzubringen, um Einnahmen und Ausgaben des Reiches notwendig für ins Gleichgewicht zu bringen. Hier stockt ich schon. 26 Milliarden neue Steuern als Friedensset? — denn Kriegskostenentschädigungen, Wiedergutmachungen und all das, was aus dem Friedensvertrag erfließt, ist ja im wesentlichen außer Betracht geblieben. Herr Erzberger sagt ja. Die Abwicklung des Krieges, der Demobilisation, die Abwicklung der Geschäfte des alten Heeres und der Marine und 17 Milliarden für die Erfüllung des Friedensvertrages (der, wohlgemerkt, noch gar nicht in Kraft getreten ist!), endlich 3½ Milliarden für Verbilligung der Lebensmittel, sie hätten die außerordentlichen Ausgaben auf 41 Milliarden anschwellen lassen. „Kriegswirkungen“, richtiger sagt man aber doch Revolutionen-Erzeugnisse, denn bei Beginn des neuen Geschäftsjahres war der Krieg schon ein halbes Jahr zu Ende. Die ganze Finanzwirtschaft ist sehr undurchsichtig, feststeht nur, daß der Reichsfinanzminister 26 Milliarden neue Steuern aufbringen will, davon 15 Milliarden direkte und 11 Milliarden indirekte Steuern. Das Rückgrat der direkten Steuern ist die Einkommensteuer, die 10,4 Milliarden erbringen soll, der Rest ergibt sich aus Vermögenssteuern (3,6 Milliarden) und aus der Vermögenszunachsteuer (rund 1 Milliarde). In den Vermögenssteuern ist neben der in Weimar beschlossenen Kriegsgewinnsteuer enthalten insbesondere das Reichsnotopfer mit einem jährlichen Ertrag von 2280 Millionen. Die Wirkung dieses lieblichen Kindes der Erzbergerischen Regierungswissenschaft ergibt sich schlagend aus dem oben erwähnten Beispiel Gotheins. Der